

**Das Trauma des verlorenen Weltkriegs:
Das Schweigen der Republikaner und der Totenkult der Deutschnationalen
12. Oktober 2021, Hannover**

Nach 1918 gibt es keinen gesellschaftlichen Konsens über die Erinnerung an die Kriegstoten in Deutschland. Auseinandersetzungen um die Kriegsursachen bleiben aus und die politische Rechte übernimmt die öffentliche Weltkriegserinnerung. Welche Position haben dabei die SPD und die Gewerkschaften eingenommen und wie sah die Situation in Hannover aus?

Vor dem Hintergrund dieser umfänglichen Thematik luden das Forum für Politik und Kultur e.V. und das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Saal der IG BCE Hannover zur Veranstaltung „Das Trauma des verlorenen Weltkriegs: Das Schweigen der Republikaner und der Totenkult der Deutschnationalen“ ein. Die Veranstaltung stellte den Auftakt der dreiteiligen Reihe mit dem Titel „Die Goldenen Zwanziger. Zur Geschichte der Weimarer Republik am Beispiel der Region Hannover“ dar. Begrüßt wurden die Anwesenden von **Sascha Howind**, ehemaliger Pressesprecher der IG Metall Niedersachsen. In seiner Begrüßung wies er auf das Spannungsfeld hin, in dem sich die Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg befand. Insbesondere in der Region Hannover habe es Konflikte in Bezug auf die Erinnerung und Aufarbeitung des Krieges gegeben. Er verwies zudem auf die folgenden Termine der Veranstaltungsreihe zu den Themen „Antisemitismus in Hannover“ und „Arbeiterbewegung und Republik“. Abschließend stellte er den hannoverschen Historiker Dr. Peter Schulze als Hauptredner der Veranstaltungsreihe vor, bevor dieser mit seinem Impulsvortrag begann.

Dr. Peter Schulze führte seinen Vortrag mit der These ein, dass der Krieg 1918 zwar durch den Waffenstillstand beendet worden sei, der Schrecken in der Gesellschaft aber weiterhin andauert habe. Mithilfe von verschiedenen Kunstwerken in Form von Kohlezeichnungen legte er anschaulich dar, wie die Leiden des Krieges künstlerisch verarbeitet wurden. Doch trotz dieser Darstellungen habe es nach dem Krieg keinen gesellschaftlichen Konsens über den Krieg und keine gemeinschaftliche Anerkennung des Leids gegeben. In der Politik habe die



Dr. Peter Schulze

Kriegsschuldfrage immer wieder Konflikte und Differenzen verursacht. Obwohl Anfang 1919 die so genannten Kautsky-Papiere ans Licht gekommen seien, die unter anderem die deutsche Kriegsschuld und den wesentlichen Anteil Deutschlands an der Julikrise 1914 belegten, sei die Veröffentlichung der Papiere unter anderem von der SPD abgelehnt worden, um die Verhandlungen zum Versailler Vertrag nicht zu beeinflussen. Die Partei selbst habe auf den Versailler Vertrag verwiesen und keinen Grund für Selbstkritik gesehen, auch bezüglich der Bewilligung der Kriegskredite 1914.

Im nächsten Teil seines Vortrags bezog sich Dr. Schulze auf die konkreten Vorkommnisse in Hannover nach dem Krieg. Neben repräsentativen Empfängen von Soldaten am hannoverschen Bahnhof durch den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Robert Leinert habe die SPD auch Kundgebungen zur Befreiung von Kriegsgefangenen organisiert. Doch schon 1919 habe die Nationale Rechte in Hannover den Großteil der Gedenkveranstaltungen für sich beansprucht. Dabei sei vorrangig die Dolchstoßlegende und die Kriegsunschuldslegende propagiert worden. Auffällig sei dabei gewesen, dass die Republikaner im Zuge des deutsch-nationalen Einwirkens in der Gesellschaft geschwiegen hätten.



Insgesamt gäbe es über 170 Kriegerdenkmäler in Hannover für die mehr als 12.000 Kriegsgefallenen aus der Region. Diese seien nahezu alle Zeugnisse des deutsch-nationalen Totenkults, der zur damaligen Zeit durch die Nationale Rechte propagiert worden sei. Konkret habe sich das dadurch geäußert, dass die Gedenkveranstaltungen über die Gefallenenehrung, die Weiherede und die Verlesung eines Grußtelegramms

des späteren Reichspräsidenten Hindenburg politisch instrumentalisiert worden sei. Nie sei vom Leid der Gefallenen oder der Trauer der Angehörigen gesprochen worden. Ebenso wenig sei die Frage nach der Kriegsschuld oder ein Eingestehen von Reue thematisiert worden. Stattdessen sei eine bessere, „Zukunft des Vaterlands“ - und in dem Sinne eine deutsch-nationale Zukunft - beworben worden.

Zusammenfassend erläuterte Dr. Schulze, dass es keine kritische Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg und mit seinen Ursachen gegeben hätte; ebenso wenig wie die Anerkennung von Leid und Trauer im Zusammenhang mit den Kriegsgefallenen. Es habe zwar einen inneren Streit über die Kriegsschuld gegeben, öffentlich sei dies aber nicht kommuniziert worden. Vor allem habe es keine Abrechnung für die Politik, die für den Ausbruch des Krieges mitverantwortlich war, und demnach auch keinen moralischen Bruch mit dem alten System,

gegeben. Das Gedenken sei durch die deutsch-nationale Bewegung dominiert worden, wodurch es keine republikanische Weltkriegserinnerung gegeben hätte. Dadurch sei in der Öffentlichkeit auch im Sinne einer besseren Zukunft von Maßnahmen wie Völkerverständigung nur im Zusammenhang mit gleichzeitiger Wiederaufrüstung gesprochen worden. Ebenso sei die Schuld bei den Kriegsgegnern gesucht und der Versailler Vertrag abgelehnt worden. All diese politischen Botschaften seien durch die Denkmäler und die Gedenkkultur der Zeit propagiert und manifestiert worden.

In der sich anschließenden Diskussion, die von Sascha Howind moderiert wurde, stellte sich die Frage, ob in der deutschen Bevölkerung die Ausweglosigkeit zum Ende des Kriegs überhaupt präsent war. Dr. Schulze betonte, dass es zu dem Zeitpunkt keine andere Öffentlichkeit gegeben hätte als die, die den deutschen Sieg als „zum Greifen nah“ betrachtet hätte. Ebenso wenig seien die Militärs in Verantwortung genommen worden. Weiterhin wurde



darüber gesprochen, dass es trotz der dominanten deutsch-nationalen Bewegung viele Friedensbewegungen, auch in Hannover, gegeben habe. Dennoch seien insbesondere die Sozialdemokraten nicht bereit gewesen, ihre Fehler – die Bewilligung der Kriegskredite und die Ablehnung der Veröffentlichung der Kautsky-Papiere – einzugestehen. Abschließend wurde sich dem Begriff des Traumas und dem Schweigen der Opfer genähert. Es wurde darauf eingegangen, dass die Nationalsozialisten das Trauma der Kriegsleidenden aus dem Ersten Weltkrieg für sich vereinnahmt und glorifiziert hätten. Die Opfer seien aber gleichermaßen zum Schweigen gebracht und ihnen somit ihre rechtmäßige Aufarbeitung des Kriegstraumas verwehrt worden.

Die zweite Veranstaltung mit Dr. Peter Schulze zum Thema „*Antisemitismus in Hannover: Judenfeindlichkeit als völkische Gesellschaftskritik*“ findet am 26.10.2021 um 18:00 Uhr im Leineschloss statt. Abschließend wird es am 09.11.2021 um 18:00 Uhr im Werkhof Nordstadt um die „*Arbeiterbewegung und Republik*“ gehen und dabei insbesondere die Rolle der Sozialdemokratie beleuchtet.